

Kirchen in Mitteleuropa über das Epochenjahr 1918.
Ein Tagungsbericht

Siegfried Hermle

Im Umfeld der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder fand am 14. Dezember 2018 im repräsentativen Wallenstein-Palais in Prag eine Tagung zum Thema „Kirchen in Mitteleuropa über das Epochenjahr 1918“ statt. Diese Konferenz, die vom Senat des Parlaments der Tschechischen Republik und der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder veranstaltet wurde, hatte neben der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Karls-Universität Prag und dem Ökumenischen Rat in der Tschechischen Republik auch die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte zum Partner.

Kurz vor dem Ende der Habsburgermonarchie wurde am 28. Oktober 1918 die Tschechoslowakei gegründet. Mit dem Ende der Monarchie mussten sich auch die evangelischen Minderheiten in den verschiedenen neu entstehenden Staaten eine eigene Organisation geben. Während beispielsweise im slowakischen Teil des neu entstandenen Staates eine lutherische und eine reformierte Kirche gegründet wurden, besannen sich im tschechischen Teil die Protestanten auf ihre mit Johannes Hus begonnene eigenständige Tradition. Im Dezember 1918 trafen sich im Gemeindehaus in Prag lutherische und reformierte Theologen und riefen eine für beide Konfessionen gemeinsame Kirche ins Leben: die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder. Da diese Kirche freilich auch eine starke national-tschechische Identität auszeichnete, gründeten die deutsch- und polnischsprachigen Protestanten eigene Institutionen: die Deutsche Evangelische Kirche in Böhmen, Mähren und Schlesien sowie 1923 die Schlesische Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses. Das heißt: Allein in der Tschechoslowakei entstanden durch das Zerbrechen der habsburgischen Monarchie fünf eigenständige Kirchen, die zuvor Teil der in Wien angesiedelten evangelischen Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in der Österreichischen Monarchie waren.

Damit rückt die auf der wissenschaftlichen Konferenz erörterte Fragestellung unmittelbar ins Blickfeld: Wie gestaltete sich die Aus-

bildung der verschiedenen nationalen Kirchen und wie wurden in diesen die Umwälzungen von 1918 bewertet? Die unter starker ökumenischer Beteiligung stattfindende Tagung bot nach einem Eröffnungsvortrag von Peter Morée, der sie konzipiert hatte, in zwei Sektionen Erinnerungen an 1918 aus der Sicht von Österreich, Tschechien und Polen sowie Deutschland, der Slowakei und Ungarn. Eine Podiumsdiskussion, die unter der Fragestellung „Welche Verständigung wollen wir? Geteilte Prinzipien einer kulturellen Erinnerung“ stand, beschloss das spannende Programm.

Morée machte eingangs darauf aufmerksam, dass das Ende des Krieges und die Verträge von Versailles in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich bewertet wurden: Während diese Ereignisse von den einen als Urkatastrophe gesehen wurden – so in Ungarn, das große Gebietsverluste hinzunehmen hatte, oder in Deutschland, wo der Versailler Vertrag als Erniedrigung empfunden wurde und den Willen zur Revanche befeuerte –, bedeutete das Kriegsende für andere eine Befreiung. Der ‚Kerker der Nationen‘, wie die Habsburgermonarchie von manchen empfunden wurde, war zerfallen. Die neu entstandenen Staaten wie beispielsweise Polen, die Tschechoslowakei oder Jugoslawien sahen für sich eine neue Zukunft. Damit freilich war auch die Grundlage für eine unterschiedliche Erinnerungskultur gelegt; nicht nur im politischen, sondern auch im kirchlichen Bereich fiel und fällt der Blick auf den Ersten Weltkrieg und die mit dessen Ende verbundenen Umwälzungen ganz unterschiedlich aus. Um die Divergenzen und die sich daraus ergebenden Konflikte zu überwinden – immerhin sind alle seinerzeit neu entstandenen Staaten heute in der EU –, sei es notwendig, die je andere Geschichtswahrnehmung kennen zu lernen und in die eigene Sicht zu integrieren. Nur so könne eine fruchtbare Zusammenarbeit – auch der Kirchen – möglich werden.

Die zentralen auf der Tagung angesprochenen Themen seien schlaglichtartig in den folgenden drei knapp skizzierten Beiträgen vorgestellt:

Der Wiener Kirchenrechtler Karl Schwarz veranschaulichte in seinem Referat über Österreich, dass die evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Österreich bis 1918 291 Pfarrgemeinden mit fast 600.000 Mitgliedern umfasst habe – in dieser seien mindestens zehn Sprachen gesprochen worden und man

habe nach über 50 verschiedenen Gesangbüchern gesungen. Diese vom landesherrlichen Kirchenregiment geleitete Institution zerfiel mit dem Ende der habsburgischen Monarchie, und der Leiter des Wiener Oberkirchenrates hatte die Institution abzuwickeln und das Vermögen auf die Nachfolgekirchen aufzuteilen. In Österreich blieben lediglich drei reformierte Gemeinden übrig und die Gemeinden der Augsburgischen Konfession wiesen knapp 200.000 Mitglieder auf. Mit Interesse wurde die konfessionsrechtliche Entwicklung in der Tschechoslowakei betrachtet: Die Entscheidungen in Prag führten dazu, dass in Österreich 1931 die konfessionellen Unterschiede auf die Ebene der Gemeinde verschoben wurden, während die Kirchenleitung eine gemeinsame Verwaltung besorgte. Der Friedensvertrag von St. Germain 1919 wurde als ‚Schandfrieden‘ abgelehnt und auf Kirchentagen nicht nur Protest formuliert, sondern auch die Verbundenheit mit den Glaubensgenossen jenseits der Grenzen zum Ausdruck gebracht. In einem Ausblick verwies Schwarz auf die Charta Oecumenica von 2001, die den Weg für einen ‚Healing-of-memories‘-Prozess frei machte. Dieser habe durch die Leitlinien der 8. Vollversammlung der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa 2018, die unter dem Titel ‚Miteinander für Europa – 100 Jahre Ende des Ersten Weltkrieges: Erinnerungen für die Zukunft‘ stattfand, wichtige Impulse erhalten.

Der Kieler Professor für Kirchengeschichte Tim Lorentzen erinnerte an die in Deutschland weit verbreitete ‚Dolchstoßlegende‘ und an die Überzeugung, der Krieg sei lediglich zuungunsten Deutschlands unterbrochen. Anhand der Analyse von Kriegsdenkmälern zeigte Lorentzen, wie in diesen der Aggressivität Raum gegeben wurde. Das Rachemotiv werde durch eine Inschrift wie ‚Sie werden auferstehen‘ greifbar, da darin ganz direkt eine Drohung zum Ausdruck komme: das Versprechen der siegreichen Fortsetzung des Kampfes. Andererseits finde man zwar auch Trauermotive, doch stehe bei entsprechenden Darstellungen das Erleiden von Gewalt im Vordergrund. Einmütig werde veranschaulicht, dass die Guten im eigenen, die Schurken im anderen Lager zu finden seien. Andere Ansätze, wie sie Käthe Kollwitz oder Ernst Barlach präsentierten, aber auch Einlassungen des Theologen Günter Dehn, der auf die Gegenseitigkeit der Gewaltausübung hinwies, hätten keine Chance auf breites Gehör gehabt. Ein Ausblick auf die Wandlungen im

Gedenken während der NS-Zeit, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und einem erneuten Paradigmenwechsel in den späten 1960er Jahren beschlossen den Vortrag. Lorentzen mahnte an, dass eine christliche Erinnerungskultur nicht nur die eigenen Opfer betrauern dürfe; auch sollten nicht die Toten Gegenstand der Reflexion sein, sondern das Töten selbst.

Balázs Ódor, Leiter der Abteilung für ökumenische und internationale Beziehungen im Landeskirchenamt der Reformierten Kirche in Ungarn, führte eindrücklich vor Augen, wie die Ereignisse von 1918 bis heute Politik und Kirche in Ungarn prägen. Der Vertrag von Trianon – so die weit verbreitete Einschätzung – sei für alles Übel und Unglück verantwortlich, das Ungarn widerfahren sei. Ungarn stand, so die weit verbreitete Ansicht, ganz auf der Verliererseite: Es habe zwei Drittel seines Staatsgebiets und die Hälfte seiner Bevölkerung verloren. Der als ‚Diktat des Hasses‘ empfundene Vertrag habe Ungarn zu einem Kleinstaat gemacht. Auch die Auswirkungen auf die Kirchen seien gravierend gewesen: Wo es früher im Karpatenbecken fünf Bischöfe gegeben habe, seien es heute zehn. Im Blick auf die reformierte Kirche stellten sich die Veränderungen so dar, dass 1910 in fünf Distrikten über 2,5 Millionen Kirchenglieder gezählt wurden, wovon fast eine Million in 1182 Gemeinden verloren gingen. Die fortwährende Trauer und ihre – kritisch zu hinterfragende – Instrumentalisierung zeige sich in einer Erklärung der Ungarischen Reformierten Kirche zum 90. Jahrestag des Friedensvertrages, wenn betont werde, die 1919 gezogenen Grenzen hätten „nicht nur physisch zu Trennung geführt, sondern auch spirituell das Ungarntum gespalten“. Während „Trianon“ als Baustein eines Narrativs gegen die „Anderen“ genutzt wurde, gelte es heute, die Geschichte auch mit den Augen des Nachbarn zu sehen. Ein wichtiger Schritt für eine Heilung der Wunden sei die ökumenische Öffnung der Kirche und beispielsweise auch die 2009 vollzogene Gründung einer gemeinsamen Synode der reformierten Kirchen im Karpatenbecken.

Die lebhafteste Aussprache nach den Vorträgen und die nachfolgende Podiumsdiskussion machten Folgendes deutlich: Während in Deutschland der Erste Weltkrieg und die Folgen von 1918 allenfalls noch am Rande Beachtung fänden und jene Zeit lediglich durch Kriegsdenkmale immer wieder in die Erinnerung gerufen

würden, sei der Umbruch in den aus der zerfallenen Habsburgermonarchie hervorgegangenen Staaten und in den sich in ihnen ausbildenden Kirchen nach wie vor in der Wahrnehmung der eigenen aktuellen Situation lebendig. Sei es, wie bei der Kirche der Böhmisches Brüder, als eine wichtige und zentrale, positiv konnotierte Stunde der eigenen Geschichte, sei es, wie in Ungarn, als Unglück, als tief empfundener Einschnitt, der die Substanz und Tradition der eigenen Kirche maßgeblich verändert habe.

Spannend wäre es, diese Entwicklung nicht nur für die Kirchen Mittel- und Südosteuropas vergleichend zu untersuchen, sondern auch andere europäische Kirchen mit in den Blick zu nehmen; es müssten dabei die jeweiligen konkreten Neuansätze hinsichtlich der Organisationsstruktur der Kirchen untersucht und die sich ausbildenden Erinnerungskulturen nachgezeichnet werden.